

66/J

der Abgeordneten Mag. Franz Steindl

und Kollegen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Mißbrauch von Pflegegeldern

Das Sozialhilfegesetz bzw. der Vollzug des Pflegegeldes in der Praxis weist gravierende Mängel und Mißbräuche auf.

Das besondere Problem des Burgenlandes ist, daß die Patienten de facto für die gesamte Kostendeckung bzw. für weitere sonstige Leistungszahlungen aufkommen. Die Beiträge des Landes Burgenland beschränken sich auf Fahrtkostenvergütungen, die seit 1. Juli 1995 vom Land eingeschränkt wurden.

Im Burgenland sind derzeit ca. 80 % der von den Organisationen Betreuten Selbstbezahler. Die Stundensätze, dotiert mit 320.- für Diplomkrankenschwestern, 250.- für Altenhelfer/in, Heimhilfe (angestellt) 180.- und Heimhilfe (geringfügig) 80.-, sind für viele Patienten extrem hoch. Der Effekt ist der Rückgang der Akzeptanz bzw. das Zurückgreifen auf nicht ausgebildete Fachkräfte. Das "Aufblühen" des Schwarzmarktes auf diesem Sektor bzw. die Gefährdung von Arbeitsplätzen geht Hand in Hand.

Weiters läßt die bürokratische Abwicklung und Information für betroffene Patienten zu wünschen übrig. Durch ausreichende Kontrolle von Pflegegeldbezügen und schnellere Abwicklung kann ein Mißbrauch von Seiten der Bezieher vermieden werden.

Die Bevölkerung ist bereit, für einen Anteil zur Pflege von bedürftigen Personen

aufzukommen.

Vorschläge zur besseren Umsetzung des Bundes- und Landespflegegesetzes wären

- 1) Kontrollsysteem für Bundes- und Landespflegegeldgesetz
- 2) Finanzierung der ambulanten Sozialdienste nach dem 3-Säulenprinzip
-Pflegegeld
-eigenes Einkommen

-Land

- 3) Abbau der sehr bürokratischen Abwicklung der ambulanten Sozialdienste bei Verechnung über die Bezirkshauptmannschaft

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

ANFRAGE

- 1) Was gedenken Sie gegen das "Aufblühen" des Schwarzmarktes im Bereich Pflegepersonal bzw. gegen den Rückgang von qualifiziertem Personal zu tun?
- 2) Kann die Einstufung von Bedürftigen nicht schneller erfolgen, um einen Mißbrauch von Pflegegeldern durch die Bevölkerung zu vermeiden?
- 3) Gedenken Sie ein eigenständiges Kontrollorgan einzuführen, um eine bessere Abwicklung zu erreichen bzw. um Mißstände abzuschaffen?
- 4) Wäre es nicht möglich, die Stelle einer Landesoberin, wie sie im Burgenland vorhanden wäre, wieder zu besetzen bzw. überhaupt einzuführen?
- 5) Was gedenken Sie zu tun, um das Land als eigentlichen Verantwortlichen für das Sozialwesen in diesem Bereich mehr einzubeziehen?
- 6) Eine weitreichende Information der Bevölkerung über die gesetzlichen Grundlagen zu diesem Thema wäre wünschenswert. Werden Sie in diese Richtung vorstoßen?
- 7) Was werden Sie unternehmen, um die Verpflichtung ausreichend qualifiziertes Personal für die Pflege im Sinne des Art. 15a Vereinbarung zwischen Bund und Land über die Sicherung von Sozialstandards im Bereich der Pflege einzuhalten?
- 8) Sehen Sie eine Möglichkeit die oben angeführte Punkte bzw. Vorschläge umzusetzen?